mittelt den Verkehr von der Fabrik zum Anschlussgleis auf dem Hruschauer Frachtenbahnhof. Auf dem Werke sind ca. 230 Arbeiter beschäftigt.

Kapital: K 1 000 000 in Aktien à K 1000.

5% Teilschuldverschreibungen von 1912. K 500 000 in Stücken à K 500, 1000. Zs. 2./1., 1./7. Tilg.: Vom 1./7. 1918 ab durch Verlos. am 2./1. per 1./7. nach einem Tilg.-Plane bis spät. 1932; verstärkte Tilg. u. Totalkündig. mit 6 Monate Frist zulässig. Sicherheit: Die Hruschauer Tonwarenfabrik A.-G. haftet für die Verzinsung u. Rückzahl. der Anleihe mit ihrem ganzen Vermögen. Zur Sicherstell. der pünktl. Zahlung der Zs. u. Rückzahlung des Kapitals dient eine I. Hypoth. auf dem der Ges. gehörigen Realbesitze; ausserdem leistet die Deutsche Ton- u. Steinzeugwerke A.-G. Charlottenburg für Zs. u. Kapital-Rückzahl. Garantie; diese Garantieerklärung befindet sich auf jeder einzelnen Teilschuldverschreibung. Zahlst.: Hruschau: Ges.-Kasse; Wien: J. M. Miller & Co.; Dresden: Gebr. Arnhold. Zahlung der Zs. u. der verlost. Teilschuldverschreib. ohne jeden Abzug zum festen Umrechnungskurse von 1 K = M. 0.85. Eingeführt in Dresden 15./1. 1914 zu 100%. Kurs in Dresden Ende 1914—1916: 99.75*, —, 95%.

Geschäftsjahr: Kalenderj. **Gen.-Vers.:** innerhalb 6 Monaten nach Schluss des Geschäftsj. **Stimmrecht:** je 10 Aktien = 1 St.

Gewinn-Verteilung: 5% zum R.-F. bis dieser 10% des A.-K. erreicht hat, sodann bis 4% Div. an die Aktie, vom Rest 10% Tant. an V.-R., Überrest zur Verfüg. der G.-V.

Bilanz am 31. Dez. 1915: Aktiva: Grundstücke 97 055, Fabrikgebäude 443 518, Brennöfen 278 136, Masch. 157 187, elektr. Licht- u. Kraftanlagen 16 367, Bureau-Gebäude 8032, Werkzeug u. Utensil. 5057, Gleis-Anlage 46 328, Beamten- u. Arb.-Wohnhäuser 109 392, Effekten 5328, Kasse 2106, Aussenstände 170 211, Waren 213 646, Material. 29 607, Oblig.-Anleihe-Unk.-Kto 31 538, Verlust 199 319. — Passiva: A.-K. 1 000 000, Oblig.-Anleihe 500 000, Coup. 6925, Kredit. 280 908, Delkr.-Kto 25 000. Sa. K 1 812 833.

Gewinn- u. Verlust-Konto: Einnahmen: Fabrikat.-Kto 163 501, Verlust 199 319. — Ausgaben: Verlust-Vortrag v. 1914 90 265, Betriebs-Unk. 131 568, Handl.-Unk. 39 685, Arb.-Wohlfahrt 4048, Zs. 33 874, Kto Dubio 19 848, Abschreib. auf Fabrikgebäude 9051, do. auf Brennöfen 5676, do. auf Masch. 17 465, do. auf elektr. Licht- u. Kraft-Anlagen 1818, do. auf Bürogebäude 163, do. auf Werkzeug u. Utensil. 1685, do. auf Gleis-Anlage 2438, do. auf Beamten- u. Arb.-Wohnh. 2232, do. auf Oblig.-Anleihe-Unk. 3000, zus. 43 532. Sa. K 362 821.

Dividenden 1911—1915: 0, 0, 0, 0, 0%.

Zahlstellen: Hruschau: Ges.-Kasse; Wien: J. M. Miller & Co.; Dresden: Gebr. Arnhold.

Verwaltungsrat: Präs. Dr. Heinrich Ritter von Miller zu Aichholz, Wien; Vizepräs. Gen.-Dir. R. Jungeblut, Charlottenburg; Dr. August Ritter von Miller zu Aichholz, Wien; Dr. Heinrich Arnhold, Dresden; Dir. Adolf Pohl, Charlottenburg; Paul Salomon, Berlin.

Kjøbenhavns Telefon-Aktieselskab zu Kopenhagen. (Kopenhagener Telephon-Aktien-Gesellschaft.)

Gegründet: 14./12. 1893.

Zweck: Der Betrieb von Fernsprechern sowie nach Ermessen des Vorstandes sonstiger damit in Verbindung stehender Unternehmungen. Die Ges. übernahm die sämtl. Anlagen u. Telephonverbindungen der zur Auflösung gelangenden „Kjøbenhavns Telefon-Selskab“.

Konzession: Durch Erlass des kgl. dänischen Ministeriums des Innern vom 6./10. 1898 ist der Ges. auf Grund des Gesetzes Nr. 84 vom 11./5. 1897 über Telegraphen u. Telephone eine ausschliessliche Konzession für den Bau u. Betrieb von Telephonen auf der Insel Seeland (nebst Amack) u. zwar auf einen Zeitraum von 20 Jahren — also bis zum 6./10. 1918 — erteilt worden. Nach dieser Konzession werden die Tarife der Ges. alle 5 Jahre von dem Minister der öffentlichen Arbeiten einer Revision unterzogen. Die letzte Tariffestsetzung hat im Jahre 1913 für eine neue fünfjährige Periode bis zum 1./10. 1918 stattgefunden. Zur Sicherstellung des ständigen u. ungestörten Betriebes während der Konzessionsdauer ist der Ges. ferner die Verpflichtung auferlegt, bei Erteilung der Konzession den Betrag von Kr. 100 000 für einen R.-F. bereitzustellen u. ab 1./1. 1899 um einen vom Minister des Innern festzustellenden Teil des jährl. Reingewinns (jedoch nicht über 10% des Reingewinns) zu erhöhen. Die reservierten Beträge sind in Gemässheit eines dem Minister vorzulegenden Planes verzinslich anzulegen. Sämtliche dem Fonds angehörenden Wertpapiere sollen mit einem Vermerk des Ministers über ihre Bestimmung versehen werden. Die bisher für den Fonds reservierten Wertpapiere im ausmachenden Betrage von Kr. 155 076 sind in dem in der Bilanz aufgeführten Posten „Bestand an Oblig. Kr. 168 608.45“ enthalten. Eine weitere Erhöhung des Fonds soll einstweilen nicht stattfinden.

Eine Konzessionsabgabe an den Staat hat die Ges. nicht zu entrichten, dagegen hat der Staat das Recht, die Anlage unter Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen zu expropriieren u. nach Ablauf der Konzessionsdauer das gesamte Unternehmen zu einem Preise zu erwerben, der von einer gemischten Kommission von 5 Mitgliedern auf Basis der Herstellungs- u. Erweiterungskosten der gesamten Anlagen abzüglich eines entsprechenden Betrages für Abnutzung festgestellt wird. Der Vorsitzende dieser Kommission wird vom König ernannt, 2 Mitglieder ernennt der Minister des Innern u. 2 Mitglieder das kgl. Landesober- u. Hof- u. Stadtgericht. Wünscht der Staat das Unternehmen nicht zu erwerben, so ist das Ministerium ermächtigt, die Konzession zu erneuern.